

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Moratorium für Genehmigungen von Windenergieanlagen in Mecklenburg-Vorpommern zum Schutz von Mensch und Natur

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sämtliche Genehmigungen für den Bau von Windenergieanlagen solange untersagt sind, bis es rechtssichere Raumordnungspläne gibt.
2. sicherzustellen, dass in den Raumordnungsplänen, insbesondere in Bezug auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten, die Belange der Menschen und der Natur ausreichend berücksichtigt und jegliche Beeinträchtigungen vermieden werden.
3. dafür Sorge zu tragen, dass vor Ausweisung weiterer Windeignungsgebiete die Vorrang-einspeisung für Windstrom abgeschafft worden ist und die eigenverantwortliche Verwertung oder die Speicherung der produzierten Windenergie durch die Anlagenbetreiber gesichert ist.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Ein umgehendes Moratorium für Genehmigungen von Windenergieanlagen in Mecklenburg-Vorpommern ist ein kurzfristiges Mittel zum Schutz von Mensch und Natur.

Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich zunehmend von der derzeitigen Genehmigungspraxis für Windenergieanlagen gestört. Sie befürchten nicht nur Einschränkungen ihrer Lebensgewohnheiten, sondern ebenfalls gesundheitliche Beeinträchtigungen durch den Betrieb von Windenergieanlagen in ihrem Umfeld.

Die Bürger sehen ihr Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit teilweise gefährdet und die Landesregierung in der Pflicht, durch aktives Handeln Abhilfe zu schaffen und die Wirksamkeit des möglicherweise verletzten Grundrechtes sicherzustellen.

Mit dem vorübergehenden Stopp für Genehmigungen von Windkraftanlagen käme die Landesregierung kurzfristig den Anliegen der Bürger und der Verpflichtung zur Wahrung der Grundrechte gleichermaßen nach.

Darüber hinaus sehen die Bürger die Gefahr für die Tiere, die Zerstörung der Landschaft, den Verlust der Grundstückswerte sowie die Beeinträchtigung durch Schlagschatten äußerst kritisch im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen. Wenn die Menschen das Gefühl haben, ihr Zuhause ist gefährdet, sollte die Landesregierung die vorgebrachten Argumente sehr ernst nehmen.

Mecklenburg-Vorpommern ist bereits einer der Vorreiter in Sachen Windenergie, zahlt dementsprechend auch mit die höchsten Strompreise. Die Bürger finanziell zu entlasten sollte wohl außerdem ein oberstes Ziel sein.

In Sachen Windenergieausbau eine Pause einzuläuten, kann sich unser Land durchaus leisten. Damit verschafft sich die Landesregierung Zeit, um mit Bedacht und ausreichender, ernst gemeinter Bürgerbeteiligung die nächsten Schritte zu überdenken.

Nach ehrlicher Betrachtung der Situation sollte man zu dem Schluss kommen, dass Ausweisung von Windeignungsgebieten erst dann wieder Sinn macht, wenn die Betreiber in der Lage sind, ihren Strom selbst zu vermarkten. Die Windenergie mit garantierter Vorrang einspeisung zu privilegieren, ohne dass diese Energie sinnvoll gespeichert und jederzeit verwendet werden kann, ist nicht länger hinnehmbar.

Die derzeit von Politik und nahezu allen Medien geförderte Klimahysterie sollte endlich einer rationalen Bilanzierung der bisherigen und künftigen CO₂-Einsparungsergebnisse weichen. Dann würde sich sehr schnell zeigen: Die Energiewende ist bereits gescheitert. Selbst wenn man unterstellt, dass von Menschen gemachtes Kohlendioxid die Erde erwärmt, so hat sich die Energiewende als bisher für den Stromverbraucher astronomisch teuer, jedoch - gemessen an den selbst gesteckten Zielen - als völlig wirkungslos erwiesen. Die Energiewende funktioniert schon technisch nicht, denn es fehlt auf absehbare Zeit an wirtschaftlichen Verfahren zur Speicherung überschüssigen Stromes. Ohne eine solche Möglichkeit aber steht erneuerbare Elektrizität nur mit massiven Aussetzern zur Verfügung.